vor dem "Obersten Gericht" der SBZ sollte nach allen Spielregeln stalinistischer Schauprozeßtechnik die zu dieser Zeit einem Höhepunkt zustrebende Diskussion über freie Wahlen in einer Flut von Angriffen gegen "reaktionäre bürgerliche Kräfte" ersticken. Nachdem Professor Hickmann einen weiteren Versuch der Gegenwehr unternommen hatte, indem er in einer Rede in Leipzig-Markkleeberg abermals die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands sowie freie Wahlen in der sowjetischen Zone forderte, wurde er am 29. Januar 1950 zur Niederlegung aller Parteiämter gezwungen. Mit ihm wurde der sächsische Finanzminister Gerhard Rohner (CDU) amtsenthoben; er hatte die oppositionelle Konzeption Professor Hickmanns unterstützt. Fast gleichzeitig trat in der mecklenburgischen Landesregierung Wirtschaftsminister Siegfried Witte (CDU) zurück, in Brandenburg legte der Minister für Arbeit und Sozialfürsorge Fritz Schwöb (CDU) sein Amt nieder — und in Thüringen mußte sich der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Leonhard Moog (LDP) der drohenden Verhaftung durch die Flucht entziehen; in einem Schauprozeß vor dem "Obersten Gericht der DDR" am 4.-8. Dezember 1950 in Erfurt wurde Moog in Abwesenheit zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, sieben weitere Angeklagte erhielten Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus. Die Anklage gegen Moog lautete auf "Sabotage", weil er die "ungesetzliche" Niederschlagung von Steuern angeordnet hatte.

Otto Grotewohl bestätigte später, daß die Säuberungen und Schauprozesse den politischen Widerstand der bürgerlichen Parteien brechen sollten. "Unmittelbar nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik versuchte eine Gruppe von Reaktionären, die sich in die bürgerlich-demokratischen Parteien, in die CDU und LDP, eingeschlichen hatten, reaktionäre Anschläge gegen die demokratische Gesetzlichkeit und Ordnung unserer Republik zu inszenieren . . & t k l ärte er im Sommer 1950 vor dem III. Parteitag der SED. "Worin bestand das Programm dieser Reaktionäre, was erstrebten Hickmann, Moog, Rohner, Herwegen und andere? Sie erstrebten die Wiederherstellung der alten imperialistischen Zustände<sup>90</sup>."

Die SED suchte mit ihren Schlägen gegen CDU und LDP in dieser Zeit unmittelbar nach der Gründung der "DDR" die immer wieder auf flammenden Auseinandersetzungen in der Hauptsache über freie Wahlen und über die von den Kommunisten propagierte Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie zu unterbinden. Bürgerliche Politiker, die einen Ausweg aus dem Dilemma der Blockpolitik gesucht hatten, indem sie sich nachträglich von der ihnen aufgenötigten Einstimmigkeit aller Beschlüsse des "Antifa-Blocks" distan-